

Bezugspreis: Vierteljahr 36.- M., monatlich 12.- M. ...

VORWÖRTS

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die neuartigen Anzeigenblätter ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Freitag, den 11. November 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Amerika gegen Schuldenstreichung.

London, 11. November. (WTB.) Mac Kenna, der gestern abend aus Amerika zurückgekehrt ist, erklärte in einer Unterredung mit Pressevertretern, die allgemeine Ansicht in den Vereinigten Staaten sei gegen die Streichung der alliierten Kriegsschulden.

England zahlt seine Schulden.

London, 11. November. (WTB.) Reuter erfährt von gut unterrichteter Seite, daß die englische Regierung alle Vorbereitungen treffe, um im April nächsten Jahres mit der Zinsenzahlung der von England bei Amerika aufgenommenen Anleihen zu beginnen.

Reparationen und Wirtschaftsende.

London, 11. November. (WTB.) Der britische Schatzkanzler Sir Robert Horne erörterte gestern in einer Rede die Wirkung der deutschen Reparationen auf den Handel und behauptete, der Niedergang des Handels sei nicht auf die Reparationen zurückzuführen.

Amerika wünscht keine Verträge.

London, 11. November. (WTB.) Der Washingtoner Berichterstatter der „Morning Post“ sagt, bei der französischen Delegation in Washington fingen die Illusionen an, sich zu zerstreuen.

Ankunft der englischen Delegation.

Washington, 11. November. Balfour und die englische Delegation sowie die Delegationen von Neuseeland und Australien sind hier eingetroffen.

Einer Meldung aus Washington zufolge überreichte der britische Botschafter dem Staatssekretär Hughes eine Botschaft Lloyd Georges, in der dieser seiner tiefsten Enttäuschung über Ausdruck gibt, daß er wegen des außerordentlich heißen Standes der irischen Verhandlungen nicht rechtzeitig zu Beginn auf der Washingtoner Konferenz anwesend sein könne.

Ein Uebergriff der Saarregierung.

Saarbrücken, 10. November. (WTB.) Laut Verfügung des Präsidenten der Regierungskommission für das Saargebiet ist der verantwortliche Schriftsteller der sozialdemokratischen Saarblätter „Volksstimme“, Ernst Braun, aus dem Saargebiet ausgewiesen worden.

Parlamentsvertagung in England.

London, 10. November. (WTB.) Das englische Parlament, dessen Session heute beendet ist, wird, falls keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten, erst am 30. Januar 1922 wieder zusammentreten.

Die Börse und die Kredithilfe.

In Berliner Finanzkreisen gibt man sich über die Aussichten einer Annahme der Kreditbedingungen der Industrie durch die Regierung keinen Täuschungen hin.

Die Reparationskosten sind schon mehr als bezahlt...

... durch die Verluste der Marktspekulanten im Auslande. Im „Manchester Guardian“ vom 9. November veröffentlicht der berühmte Cambridge-Universitätsprofessor und Volkswirtschaftler John Maynard Keynes einen Artikel über die Katastrophe der Mark.

Bereits vor mehreren Monaten wurde die Summe deutschen Papiergeldes und deutscher Bankguthaben, die für mehr oder minder spekulative Zwecke außerhalb Deutschlands zurückgehalten wurden, auf mehr als 50 Milliarden Papiermark geschätzt.

Tatsächlich hat man sich in allen Ententeländern dermaßen mit der deutschen Mark verpekuliert, daß die Reparationen bisher in weiten Kreisen Frankreichs, Englands, Amerikas usw. eigentlich nur Unheil angeht.

Zur Amsterdamer Abrüstungskonferenz.

Die pazifistischen Organisationen Deutschlands begrüßen die Amsterdamer Abrüstungskonferenz der Gewerkschafts-Internationale (15. November) mit folgender Resolution:

Die pazifistischen Organisationen Deutschlands begrüßen mit großer Genugtuung die Absicht der Gewerkschafts-Internationale in einer großen Konferenz mit den internationalen Transport-, Berg- und Metallarbeiterverbänden die Abrüstung zu beraten.

Ründigung des französisch-spanischen Zollvertrags! Wie der „Temps“ in einem Leitartikel mitteilt, hat die französische Regierung den aus dem Jahre 1918 stammenden Modus vivendi der französisch-spanischen Zollregelung, der sich bisher von drei zu drei Monaten stillschweigend erneuert, gekündigt.

Die Finanznot der Gemeinden.

Von Bürgermeister Dr. Caspari, Brandenburg a. d. H.

Die außerordentliche Tagung des Deutschen Städtetages, die heute im Reichstagsgebäude zu Berlin stattfindet, lenkt die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf die Finanznot der Gemeinden.

Weiten Kreisen der Bevölkerung ist noch nicht zum Bewußtsein gekommen, daß die finanzielle Existenz der Gemeinden aufs Schwerste erschüttert ist.

Andererseits ist nicht zu verkennen, daß die Gemeinden unter dem Einfluß des Krieges und der Nachkriegszeit ganz andere Aufgaben zu erfüllen haben wie bisher.

Diese Hilfe kann sich in zwei Richtungen bewegen. Einmal in der notwendigen Rücksichtnahme des Reiches in seiner Steuergesetzgebung auf die Lebensinteressen der Gemeinden und zweitens in einer Verminderung der staatlichen Bevormundung gegenüber den Gemeinden in ihrer Steuergesetzgebung.

Das Landessteuergesetz hatte den Gemeinden offen gelassen, eine Steuer von dem reichsweiten steuerfreien Einkommen, dem sogenannten Mindesteinkommen, zu erheben.

Der Anschlag auf die Eisenbahnen.

Der Reichsverband der deutschen Industrie ist nun endlich aus seiner Reserve herausgetreten und hat die Pressevertreter zu sich eingeladen, um seine Kreditpläne im einzelnen zu begründen. Unbegreiflich ist, wie man überhaupt noch von einem Kreditplan sprechen kann. Man will die Eisenbahn, will die vielen angeblich überflüssigen Arbeiter aus ihr herausbringen, und will schließlich aus ihr Goldworte machen. Diese Goldworte sollen dann den Personal- und Warenkredit ermöglichen, der auf lange Sicht die Schuld der ersten Reparationszahlungen deckt. Mit anderen Worten: Man will die Eisenbahnen billig kaufen, die Tarife erhöhen, rücksichtslos alle Grundzüge der Privatwirtschaft anwenden und so eine private Verbrauchssteuer durch den Verkehr auf die Allgemeinheit legen, die dann die ersten Reparationsraten deckt.

Warum ist das Reich nicht selbst schon auf diesen Gedanken gekommen? Seit Herr Sinnes die Wassertrassen unter sich hat, und seit die Eisenbahnen ihre soziale Tarifpolitik treiben, haben die Wassertrassen tarife, früher die billigsten Verkehrspreise der Welt, sich sogar über die Eisenbahntarife erhoben. Wenn aber die Eisenbahn ihre Tarife erhöhte, protestierte der Reichsverband. Statt dessen kann der Reichszentraler heute zu ihr um Kredit bitten gehen, weil, wie Herr Dr. Bücher treffend sagte, die Industrie der stärkste Wirtschaftskörper des Reiches sei.

Aber sie hat nicht genug mit ihrer Kraft, sie braucht auch die Reichseisenbahnen. Und darum will sie „opfern“. Die Eisenbahnen haben ja jetzt viele Jahre Friedenspolitik hinter sich, die längst nicht restlos erfolgreich war, die aber das wichtigste Verkehrsmittel immerhin schon aus dem Breitenbahnsumpf herausgewirtschaftet haben. Das Defizit, das heute besteht, geht zu einem großen Teil auf die Ueberzeugung der Materialisten zurück, zu einem noch größeren aber auf die einfache Tatsache, daß alle werdenden Anlagen nicht wie bei allen Privatbetrieben durch Kapitalbeschaffung gedeckt, sondern durch Betriebsausgaben bestritten werden. Von der Vertrauensfrage, die jetzt durch die ganze deutsche Wirtschaft geht und die Produktion erheblich verbilligt, ohne daß man den Preis davon etwas anmerken würde, blieben die Verkehrsunternehmungen unberührt. Jetzt müssen die Eisenbahnen, um ihre Materialien zu erhalten, genau so betteln gehen, wie der Reichszentraler um die Kredithilfe. Hier liegen die Gründe, und dann noch in der Betriebsorganisation, die allerdings noch viel zu wünschen übrig läßt. Privatwirtschaftliche Grundzüge lassen sich, das haben die Deutschen Werke bewiesen, auch in Reichsbetrieben anwenden. Das Verschachern allerdings ist der Industrie lieber, und darum beschönigt sie ihre Absicht und hängt ihr ein patriotisches Mäntelchen um. „Es erfordert Opfer, die Reichseisenbahnen zu kaufen und auszubauen“ — sagt man. Natürlich. Denn wenn man das nicht sagte, könnte ja das Reich auf die verrückte Idee kommen, einen anständigen Preis zu fordern. Und man braucht sie billig, deswegen deutet man noch nicht einmal an, wo die wahren Gründe des Eisenbahn-defizits liegen und beschränkt sich auf die Forderung ihrer Privatisierung.

Die Industrie will auch siedeln, um die Arbeitskräfte richtig zu verteilen. Das Reich aber will ebenfalls siedeln, nur ist es damit noch nicht weit gekommen. Und jetzt kommt die Privatindustrie und bringt diese Politik mit der Kredithilfe (das ist mit der Privatisierung der Eisenbahnen) in Verbindung. Wo ist das Gesetz über die Sozialisierung des Wohnungswesens, das die Antwort auf diesen Vorschlag darstellen soll?

Reichseisenbahnen seien in einem demokratischen Staate nicht möglich, weil die Anwendung privatwirtschaftlicher Grundzüge durch die Parteilichkeit verhindert wird. Das ist das einzige Wort, das man sich merken sollte. Innerhalb der Demokratie will das Kapital seinen Absolutismus errichten und auf die Eisenbahnen stützen. Das gilt es zu verhindern. Der Reichseisenbahnminister hat die Pflicht und sollte vor dem Parlament vor die Frage gestellt werden zu erklären, ob er selbst in der Lage ist, die privatwirtschaftlichen Grundzüge im Eisenbahnbetrieb dermaßen anzuwenden, daß ohne Schädigung der berechtigten Interessen der Allgemeinheit, freilich nicht ohne Opfer, der Betrieb sich selbst erhalten kann. Kann er es, so ist er der demokratische Reichsverkehrsminister, und es ist Pflicht aller Arbeitnehmerorganisationen und Parteien, ihn in diesem Bestreben zu unterstützen. Kann er es aber nicht, so werden wir nach dem neuen Mann suchen müssen, der die Herabwürdigung der Arbeit der Republik zu einem Dienst für das Privatkapital verhindert.

Der Höchstbetrag der Goldanleihe, die die Industrie nach diesen Zugeständnissen aufzunehmen bereit ist, wird auf etwa eine Milliarde Goldmark geschätzt. Auch diese können erst mobilisiert werden, wenn die Washingtoner Konferenz vorüber ist. Man rechnet, daß das drei bis sechs Monate dauern kann. Schon diese Tatsache wird die Frage auf, ob das Reich mit einer Erfassung der Sachwerte nicht rascher zu dem erstrebten Ziel kommen kann. Sie zeigt aber, daß die Industrie, selbst wenn sie die Eisenbahnen bekäme, in der Zeit der größten Not nicht zur Stelle ist.

Besprechung der Regierungserklärung.

Die Vertrauensfrage.

Die Aussprache des Landtages über die Programmklärung des neuen Kabinetts wird in der heutigen Sitzung fortgesetzt. — Es sollen zwei Rednerreden sprechen, für die zweite Reihe ist die Redezeit auf je eine halbe Stunde beschränkt.

Abg. Winkler (Dnat.): Wenn auch unsere Hoffnungen nicht voll in Erfüllung gingen, so haben wir Stegerwald als ehrlichen Mann und aufrechten Deutschen kennengelernt, mit dem wir in nationalen Dingen und in der christlichen Ueberzeugung übereinstimmen. (Sehr richtig! rechts.) Das Wichtigste an der Neubildung des Kabinetts ist, daß jetzt die Führung wieder an die Sozialdemokraten übergegangen ist, und das hindert uns, diesem Kabinetts die Vertrauensfrage auszusprechen. (Lebhafte Zustimmung bei den Dnat. — Lachen links.) Wer ist, was der Ministerpräsident gelegentlich in der Presse seiner Partei schreibt, der weiß, daß sein Geist und seine Ideen sich nicht geändert haben. Die Erklärung des Ministerpräsidenten spricht von einer Einheitsfront aller derer, die an Deutschlands Zukunft glauben. Diese Einheitsfront ist aber nur in nationalem Geiste möglich. (Beifall rechts.)

Es sind in zwischen verschiedene

Anträge über die Vertrauensfrage

eingelaufen. Zunächst der deutsch-nationale Antrag der Abg. Winkler und Genossen, folgenden Inhalts:

Der Landtag wolle beschließen:

„Der Landtag verweigert dem Staatsministerium, das in seiner Zusammenfassung den nationalen Interessen des Landes nicht entspricht und den staatlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Preußens gefährdet, das zu seiner Ausführung erforderliche Vertrauen.“

Von den Koalitionsparteien ist ein Antrag der Abgeordneten Limbergh-Essen (Soz.), Dr. Borck (3.), Dejer (Dem.), Dr. v. Krause (D. Sp.) und Genossen eingegangen:

„Der Landtag billigt die Erklärung der Regierung und spricht ihr das Vertrauen aus.“

Abg. Dejer (Dem.): Wir haben jetzt ein Kabinetts der Vertrauensfrage. Der Abg. Winkler hat hier viel von nationaler und internationaler Politik gesprochen. Wir sind der Meinung, daß die Schaffung dieses Kabinetts eine nationale Tat bedeutet.

Groß-Berlin

Die neue Stadtgemeinde Berlin.

Das Statistische Amt der Stadtgemeinde Berlin hat soeben eine erste statistische Zusammenstellung („Statistische Grundlagen“) über die neue Stadtgemeinde veröffentlicht. Demnach ist Alt-Berlin mit einer guten Hälfte, mit 52,2 Proz. an der Gesamtbevölkerung beteiligt. Die einzelnen Alt-Berliner Verwaltungsbezirke gehen sämtlich über den Durchschnitt von 5 Proz. mehr oder weniger weit hinaus. Unter den Außenbezirken stehen nur Schöneberg mit 5,8 Proz., Neukölln mit 7,8 Proz. und Charlottenburg mit 8,5 Proz. über dem Durchschnitt. Der kleinste an Bevölkerungszahl überhaupt ist der Bezirk Zehlendorf mit 0,9 Proz. Im letztgenannten Bezirk bildet sich die absolute Zahl nur aus 32918, das ist noch nicht der 11. Teil der Bevölkerung des Bezirkes Kreuzberg mit seinen 366299 Einwohnern.

Die 3804048 Seelen der letzten Volkszählung waren in 1187102 Haushaltungen zusammengeschlossen, wobei auch die Anstalten für gemeinnützigen Aufenthalt, wie Kasernen, Krankenhäuser, Strafanstalten usw. als Haushaltungen zu zählen sind. In diesem Sinne ergibt sich eine durchschnittliche Haushaltungsstärke von drei Personen.

Ueber die Altersverhältnisse der Bevölkerung ergibt sich aus der tabellarischen Uebersicht, daß im Gesamtdurchschnitt der Stadtgemeinde über dreiviertel der Bevölkerung im Alter der Erwerbsfähigkeit von 14 bis 65 Jahren stehen, während 18,7 Proz. als noch nicht erwerbsfähig und 4,8 Proz. als nicht mehr erwerbsfähig anzusehen sind. Von diesen Durchschnittszahlen weisen die einzelnen Verwaltungsbezirke höchst beachtenswerte Abweichungen auf. So schwanken die Anteile der Unerwachsenen von 14,7 Proz. in Berlin-Ritte bis zu 23,6 Proz. im Bezirk XX (Reinickendorf). Entgegen liegen die westlichen Außenbezirke dem Minimum näher, wie z. B. Bezirk IX (Wilmersdorf-Granevolde) mit 13,4 Proz., Bezirk XI (Schöneberg) mit 15,5 Proz., ferner auch die Alt-Berliner Bezirke VI (Kreuzberg) mit 15,5 Proz. und Bezirk II (Tiergarten) mit 15,7 Proz. In den übrigen Stadtgemeinden aber übersteigt die Riffer den Durchschnitt, und zwar — von dem schon genannten Bezirk XX abgesehen — am meisten mit Sagen von 22 bis 23 Proz. im Bezirk XV (Tropow), Bezirk XIV (Neukölln) und im Bezirk XVII (Lichtenberg). Aus diesen Zahlen ist deutlich ersichtlich, daß die Arbeiterfamilien im Durchschnitt eine höhere Kinderzahl zu verzeichnen haben, als die reicheren Bevölkerungsschichten. Eine allgemein bekannte Tatsache wird hier aufs neue bestätigt.

Die Sachverständigen im „Reigen“-Prozeß.

Ludwig Fulda, Intendant Baron zu Puttk, Professor Klaar, Alfred Kerr.

Den Schluß der gestrigen Verhandlung bildete die Bernehmung einer großen Anzahl literarischer und Bühnensachverständiger. Als erster wurde Dr. Ludwig Fulda vernommen, dessen erste Auslassungen wir noch im gestrigen Abendblatt gebrannt hatten. Dr. Fulda führte des weiteren aus: Schmitz habe nie daran gedacht, daß diese von ihm geschriebenen Dialoge auf die Bühne gelangen sollten, er hatte das Werk nur für die Lektüre geschrieben. Der intellektuelle Urheber der „Reigen“-Aufführung sei Prof. Reinhard, der dem Dr. Schmitz erklärte: „Ich halte die Aufführung Ihres Wertes künstlerisch nicht nur für opportun, sondern für durchaus wünschenswert“. Es sei ferner zu erinnern an die Entstellungen des Geschlechtsaktes, wie sie in „Faust“, „Ameo und Julia“, „Nadja“, in „Wagners „Waltüre“ vorkommen. Das Buch der „Waltüre“ habe seiner Zeit Schopenhauer vorgelesen und dieser schrieb hinter Wagners Bemerkung „Der Vorhang fällt schnell“, die Bemerkung: „Es war aber auch die höchste Zeit!“ Sicherlich sei es

nicht erwünscht, daß unreise junge Leute in den „Reigen“ gehen. Jugendlichen können aber nicht nur durch den „Reigen“ gefährdet werden, sondern auch durch zahllose andere Werke der Kunst und Wissenschaft, durch Zeitungsartikel, ja auch durch Gerichtsverhandlungen. Der Jugendschutz mag den Weg einschlagen, der ihm geeignet erscheint, nie oder darf er so weit gehen, daß er das Leben der Erwachsenen einschränkt und hemmuntet. Die Erwachsenen haben das Recht, lebenswichtige Dinge in der Offenheit zu behandeln zu sehen. Die Eltern mögen ihre Kinder so erziehen, daß sie nicht in sie gefährdende Vorstellungen hineingehen. Die Kunst würde um eines ihrer besten Stoffgebiete gebracht werden, wollte man ihr verbotene, erotische Probleme zu behandeln. Der „Reigen“ weist einen pessimistischen Zug auf, und ist keine Verherrlichung oder Verbilligung des Ehebruchs. Wie jemand dadurch angereizt werden kann, ist demgemäß dem Sachverständigen absolut unverständlich.

Der nächste Sachverständige Baron zu Puttk hat sich in seiner Eigenschaft als Präsident des Deutschen Bühnensvereins mit der Aufführung des „Reigen“ befaßt. Nach seiner Ueberzeugung hat Frau Escholt bezüglich des „Reigen“ die künstlerischen Interessen nie vernachlässigt. Niemals auch hat er bei den wiederholt von ihm besuchten Vorstellungen einen Moment das Gefühl des Zwangs empfunden. In dem Bestreben, möglichst dezent zu spielen, habe sich nach seiner Empfindung viel mehr eine gewisse Langeweile eingeschlichen. Auch die Frau des Sachverständigen ist durch nichts chollert gewesen. Alle von ihm geäußerten Vorstellungen gleichen wie ein Ei dem anderen und er könne nach seinen Beobachtungen die Wut gegen den „Reigen“ nicht verstehen. Als Sachverständiger kann er nur voll unterschreiben, was Dr. Fulda über den „Reigen“ ausgeführt hat. Im übrigen weist der Sachverständige darauf hin, daß ihn der ganze Prozeß mit großer Sorge erfüllt. Wenn hier eine Verurteilung erfolge, in welcher Situation kämen da die Theaterdirektoren? Es würde eine

Revolution unter den Bühnenschauspielern

eintreten, wenn ihnen auf diese Weise das Leben verleidet werde. Der Sachverständige Professor Klaar hat nichts als unstillig und anfänglich empfindend. Bei dem Kampf im Leben spielen sexuelle Vorgänge eine große Rolle. Von einem unästhetischen Drama kann hier nicht die Rede sein, wenn auch Unästhetisches darin enthalten ist. Man könne wohl von den Grenzen des Darstellbaren für

das Dramatische sprechen, jedoch seien bei der Aufführung des „Reigen“ die Grenzen nicht überschritten.

Der Sachverständige Dr. Alfred Kerr verbreitet sich sodann zunächst über die Stimmung, aus der heraus das Buch „Der Reigen“ entstanden sei.

In dem „Reigen“ liege eine schwermüßige Stimmung

und der Dichter sage nicht „Das ist schön“, sondern „Da hab ich die Befahrung, so geht es“. In den sexuellen Vorgängen erblickt Dr. Kerr keine Unzüchtigkeit, wenn auch von einer „Heiligkeit“ bei ihnen nichts zu spüren sei. Es sei heutzutage der Erwachsenen unwürdig und eine Heuchelei, so etwas als unzüchtig anzusehen, wenn die Heiligkeit fortfiel. Im übrigen sei das Reich der Kunst keine Kinderstube. Es gilt, unsere Kinder so zu erziehen und zu erziehen, daß sie durch solche Werke nicht verdorben werden können.

Die weiteren Sachverständigen Ludwig Sternau, Dr. Herbert Jhering, Hochdorf, Hugfeld und Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Lindenau schließen sich im wesentlichen den Ausführungen Fuldas an. Dr. Lindenau wies noch darauf hin, daß er bei dem Publikum nichts von einer gewissen Erotik gespürt habe.

Die Verhandlung wurde darauf auf Sonnabend, 9 Uhr vormittags, vertagt.

Abgefaßte Mädchenhändler.

Die internationale Hochkapler- und Scherenschwindlerbande Goldschmidt und Genossen, über deren gefährliches Treiben wir wiederholt berichtet, ist jetzt restlos unschädlich gemacht. Der Anführer der Bande Goldschmidt sowie mehrere seiner Helfershelfer wurden, wie wir damals mitteilten, in Berlin dingfest gemacht. Sie hatten sich schon vor einigen Tagen vor Gericht zu verantworten. Jetzt ist es in Genua gelungen, auch die drei letzten Mitglieder der gefährlichen Gesellschaft hinter Schloß und Riegel zu bringen. Wie von dort mitgeteilt wird, wurden diese in dem Augenblick verhaftet, als die liberale Gesellschaft gerade einen Dampfer nach Brasilien bestiegen wollten. Die hiesige Kriminalpolizei hatte festgestellt, daß sich die noch auf freiem Fuß befindlichen Mitglieder der Bande, die als Alex Maria de Matthei, Baron Enderjoni und Baron von Balock auftraten, sich nach Genua gewandt hatten. Auf Benachrichtigung der dortigen Polizeibehörden hin wurden sie dann festgenommen. In ihrer Begleitung befanden sich vier junge, bildhäßliche Mädchen, denen sie sich als schwerreiche Ausländer vorgestellt und die sie überredet hatten, mit ihnen nach Brasilien auszuwandern. Die Gesellschaft plante jedoch, sie, wie in früheren Fällen, am Freudenhäuser zu verkaufen. Die Mädchen konnten so im letzten Augenblick vor diesem Schicksal bewahrt werden. Auch jetzt wieder hatte die Bande mit gefälschten amerikanischen Checks operiert und große Summen erhalten.

Selbstmord in der Blumenstraße.

In der vergangenen Nacht hat sich im „Residenzcasino“ in der Blumenstr. 10 der 22 Jahre alte, aus Bielefeld gebürtige Kaufmann Rudolf Knack auf der Loggette des Lokals erschossen. Ein Berliner Mittagsblatt brachte die Tat mit dem Erzbergermord in Zusammenhang. Danach sollte Knack an diesem beteiligt gewesen sein und vor seiner Verhaftung gestanden haben. Wie wir dazu erfahren, ist diese Nachricht unzutreffend. Der junge Mann hatte vielmehr in der Wirtschaft eine Zechen von 2000 M. gemacht, die er nicht bezahlen konnte. Da ihm deswegen seine Verhaftung bevorstand, machte er seinem Leben ein Ende.

Erweiterung der Schulzahnklinik in Lichtenberg.

Um den Nutzen der Einrichtungen der städtischen Schulzahnklinik in Lichtenberg auch der Schuljugend in den mit der früheren Stadtgemeinde Lichtenberg als „Verwaltungsbezirk Lichtenberg“ (17) der Stadtgemeinde Berlin vereinigten Ortsbezirken zuteil werden zu lassen, war eine bedeutende Erweiterung der Klinik notwendig. Sie ist nunmehr erfreulicherweise durchgeführt worden, so daß auch die angegliederten früheren Ortschaften Friedrichsfelde-Karlshorst, Mahlsdorf, Biesdorf, Raulisdorf, Marzahn, Hellersdorf und Wuhlgartenbezirk durch die Wohlfahrtspflege der Klinik erfaßt werden.

Die Abnahmebestimmung der erweiterten Räume und Einrichtungen im Gebäude, Lichtenberg, Rothausstr. 7, die durch Herrn Bürgermeister John und die Verwaltungsbezirks-Gesundheitskommission vorgenommen wurde, zeigte die sehr vorteilhafte Anlage der neugestalteten Klinik in hygienischer und räumlicher Beziehung. Dem von der Leitung der Klinik verdienstlichen Zahnärztlichen Herrn Dr. Klein stehen nunmehr 2 Assistentenärzte und 3 Schwestern zur Seite, die Zimmerzahl (darunter 2 schöne Behandlungsräume mit 3 Operationsstühlen) ist von 4 auf 8 vermehrt worden. Die Ausdehnung der nach Möglichkeit kostenfreien Behandlung auf die Schuljugend aller Schulbezirke des Verwaltungsbezirks ist in Aussicht genommen.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenzeitschrift, liegt der heutigen Postauslage bei.

Stroßenbahnverbindung Lichtenberg—Johannisthal—Friedrichsfelde, Schloßstraße, wird an der Friedrichsfelder Kirche verbunden mit den Gleisen der Linie 69 und es werden ab 1. Januar 1922 nach Herstellung dieser bereits im Bau befindlichen Gleisverbindung die Wagen der Linie 69 vom Alexanderplatz durch die Frankfurter Allee über Friedrichsfelde nach Johannisthal verkehren, um diese Linie später, allmählichen Wünschen entsprechend, nach Ausbau der verlängerten Kaiser-Friedrich-Straße in Reinickendorf bis Baumhuldenweg zu einem Ring zu schließen. Das Projekt einer direkten Verbindung des industriereichen Lichtenberger Nordgebietes mit Friedrichsfelde wird weiter verfolgt.

Portorückführung für Auslandspakete. Die anhaltende Verschlechterung des Postverkehrs zwingt die Postverwaltung, vom 15. November an die Gewicht- und Versicherungsgebühren im Auslandspaketenverkehr wieder zu erhöhen und noch dem Verhältnis von 1 Goldfranken = 48 M. (gegenwärtig 20 M.) zu erhöhen. Dieses Umrechnungsverhältnis ist aus der Wertangabe auf Briefen und Paketen mit Wertangabe und auf Paketen nach dem Ausland maßgebend. Ueber die Einzelheiten erteilen die Postanstalten Auskunft.

Jugendfürsorge im Bezirk Trepow. Das Bezirksjugendamt Trepow hat eine Abteilung Jugendfürsorge geschaffen, die u. a. sich die Aufgabe gestellt hat, die Eltern schwerer erkrankter Kinder zu unterstützen. An den einzelnen Ortschaften des Bezirks werden besondere Ehrenkassen abgehalten, in denen Eltern, die in der Erziehung und Pflege ihrer Kinder Schwierigkeiten haben, Rat und Hilfe erteilt wird. Die Ehrenkassen werden abgehalten: in Oberkadow-Weidenhagen, 33. Zimmer 13, am Dienstag nachmittags 5—7 Uhr; in Niederkadow-Weidenhagen, Gemeindebehördenstr. 1 (Schloßhof), Freitag 8—10 Uhr vormittags; in Altdorf-Weidenhagen, 1. Zimmer 1, Montag 5—7 Uhr nachmittags; in Alt-Weidenhagen, Weidenhagenstr. 60, Zimmer 13, Donnerstag 8—10 Uhr vormittags.

Jugendbühne Reinickendorf. Am Sonnabend, den 12. November, nachmittags 3 Uhr, findet im städtischen Lichtspielhaus, Bergstraße 147, eine einmalige Vorstellung des großen Märchenstraßenfestes „Der kleine Huhn“ statt. Karten a. 0,50 M. für Schüler und Schülerinnen und 1 M. für Erwachsene sind im Jugendamt, Rathaus, Zimmer 278 und an der Tageskasse zu haben.

Berein Arbeiterjugend Groß-Berlin. Wilmersdorf. Die für Sonnabend geplante Fahrt nach Löwenbusch findet vorläufig nicht statt. Dafür Übungen für die Weihnachtstage.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zeitweise heiter, jedoch Abends und in der Nacht bei gelindem Frost und streichen östlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

Groß-Berliner Parteinaufrufen.

S. Kreis Friedrichshagen. Heute abend 7 Uhr: erweiterte Kreisversammlung bei Schudert, Rühensdorfer Straße 2.

